

Aalener Jahrbuch 1986

Herausgegeben vom Geschichts-
und Altertumsverein Aalen e.V.

Bearbeitet von Karlheinz Bauer

Konrad Theiss Verlag
Stuttgart und Aalen

Die polnischen und jüdischen Lager in Wasseralfingen von 1945 bis 1950

Ulrich Müller

I. Die Beschlagnahmung der Alfing- und Steigäcker-Siedlung in Wasseralfingen im Oktober 1945

Während des Zweiten Weltkrieges waren in Wasseralfingen in den dortigen Industriebetrieben zahlreiche Kriegsgefangene und Fremdarbeiter beschäftigt. Sie waren in Barackenlagern untergebracht¹, und nach Ende des Krieges kamen noch weitere Polen dazu. Jedenfalls berichtete Bürgermeister Ludwig Merk am 22. Oktober 1945 an das Innenministerium nach Stuttgart, daß die UNRRA hier 2100 Polen zusammengezogen habe², die nicht in ihre nun unter sowjetischem Einfluß stehende Heimat zurückgehen wollten. Die UNRRA – United nations relief and rehabilitation administration – war eine Organisation von 54 Staaten, die bereits am 9. November 1943 gegründet worden war und die sich zur Aufgabe gesetzt hatte, die ca. 7700000 Kriegsgefangenen und Fremdarbeiter, die in Deutschland lebten, in ihre Heimat zurückzuführen bzw. ihnen zur Auswanderung zu verhelfen³.

Nun waren die Polen in Wasseralfingen zunächst in den alten Barackenlagern untergebracht, „mit Eintritt der kälteren Jahreszeit wurden jedoch massive Wohnhäuser für die Unterbringung der polnischen Familien beschlagnahmt“⁴. Die Beschlagnahmung muß man sich als eine einseitige Maßnahme der Militärregierung vorstellen. Die Familien, die dadurch betroffen wurden, konnten sich zum größten Teil als unschuldige Opfer empfinden, zumal die Häuser über 4 Jahre lang beschlagnahmt blieben, was anfangs jedoch überhaupt nicht vorauszusehen war. Beschlagnahmt wurden zunächst zwischen dem 8. Oktober und dem 10. Oktober 1945 die gesamten Wohnungen in der Alfing-Siedlung zunächst ohne die Karl-Keßler-Straße. Ausdrücklich wurde auf dem Räumungsbefehl vermerkt, daß das Inventar in den Häusern zu bleiben habe. Da dies offenbar nicht immer befolgt wurde, sondern die Betroffenen versucht haben, noch möglichst viele Einrichtungsgegenstände hinauszuschaffen, sah sich der Bürgermeister veranlaßt, in einem Rundschreiben am 11. Oktober 1945 im Auftrag der UNRRA die Rückgabe der Gegenstände zu fordern. Es wurden Öfen und Herde, aber auch Küchengeschirr zurückverlangt.

Obwohl die fehlenden Einrichtungsgegenstände zurückgebracht wurden – zum Teil wurden auch ehemalige Parteigenossen aufgefordert, Dinge aus ihrem Besitz abzuliefern –, kam es zur Verurteilung von 40 Haushaltungsvorständen vor einem Militärgericht. Die Leute mußten Geldstrafen zwischen 200 und 300 RM bezahlen⁵.

Bei den weiteren Beschlagnahmungen ging die Militärregierung härter vor und übte entsprechenden Druck auf die deutsche Verwaltung aus. Am 9. Oktober 1945 schrieb der Bürgermeister von Wasseraalfingen, „auf Befehl der amerikanischen Militärregierung muß nunmehr die gesamte Haydn- und Beethovenstraße für die Einquartierung von Polen von der Bevölkerung geräumt werden. Die Räumung muß bis Montag, 22. Oktober 1945, durchgeführt sein.“ In den Häusern mußten laut Befehl der Militärregierung verbleiben: Herde, Öfen, Betten, Möbel (Tische, Stühle, Schränke), eine Anzahl von Kochtöpfen und sonstige Küchengeräte, je Haushalt ein Besen und ein Eimer. Mitgenommen werden durften: Nahrungsmittel, Oberbetten und Kopfkissen, Teppiche, Gardinen, Wäsche und Kleidung. Das Schreiben war vom stellvertretenden Landrat Dr. Neubert und von Captain Keena unterschrieben. Um sicherzugehen, daß der Befehl auch befolgt würde, wurde jedem Bewohner der Steigäcker-Siedlung ein derartiger Brief zugestellt, dessen Empfang er durch Unterschrift zu bestätigen hatte⁶.

Man wird davon auszugehen haben, daß die deutschen Behörden völlig machtlos und lediglich Befehlsempfänger der Militärregierung waren. Als z. B. Captain Keena die Räumung der Karl-Keßler-Straße in der Alfing-Siedlung anordnete, schrieb er an den Bürgermeister: „Bei Empfang dieses Briefes werden Sie 4 Polizeibeamte bestimmen, die die Häuser zu räumen und Wache zu stehen haben, bis die UNRRA sie übernimmt. Die Namen der 4 Polizeibeamten werden der Militärregierung genannt werden und sie werden dafür verantwortlich sein, daß keine Gegenstände, die nicht erlaubt sind, herausgenommen werden.“⁷

Auch bei der Auswahl der zu beschlagnahmenden Gebäude durften die deutschen Behörden keinerlei Mitspracherecht gehabt haben. Die Amerikaner haben diese beiden Siedlungen vermutlich deshalb gewählt, weil es sich dabei um geschlossene, überschaubare Anlagen gehandelt hatte. Die Häuser hatten fast dieselbe Größe, waren alle erst kurz vor dem Krieg erbaut worden und zum Teil durch Bahnlinie oder freies Feld von der übrigen Gemeinde abgetrennt. Auch bei anderen Beschlagnahmungen, etwa in Stuttgart in der Reinsburgstraße oder in Heidenheim in der Voith-Siedlung, ging die UNRRA so vor.

Das Schicksal der Ausgewiesenen war hart, konnten sie doch – besonders im zweiten Ausweisungsabschnitt Haydn- und Karl-Keßler-Straße – nur wenige Einrichtungsgegenstände mitnehmen⁸. Die Gemeinde wies sie zwar in eine andere Wohnung ein, was natürlich mit Belastungen für die bisherigen Bewohner verbunden war. Die früheren Parteigenossen jedoch hatten ihre Wohnmöglichkeit selbst zu suchen⁹. Offen wurde also differenziert zwischen der Mehrzahl der Normalbürger und den wenigen ehemaligen Parteigenossen, die in der Ausweisung eine Bestrafung sehen konnten. Die Nichtparteilmitglieder jedoch konnten sich als Opfer einer Maßnahme der Besatzungsmacht betrachten und sich oft fragen, warum gerade sie auf ihre Häuser über vier Jahre verzichten sollten. Insgesamt wurden damals 150 Häuser mit 237 Wohnungen

beschlagnahmt. Auf die Steigäcker-Siedlung entfielen 63 Häuser, auf die Alfig-Siedlung (Wiesendorf) 85, dazu kamen noch zwei weitere Gebäude. Damit hatten etwa 1000 Bürger Wasseralfingens ihre Wohnung verloren¹⁰.

Das Leid der Ausgewiesenen kann man sich vorstellen, sie waren „Flüchtlinge in der eigenen Stadt“ und auf das Wohlwollen ihrer Verwandten und Bekannten angewiesen. Sie ergaben sich in ihr Schicksal, weil Widerstand sowieso zwecklos gewesen wäre, und konnten sich anfänglich damit trösten, daß die UNRRA behauptete, die Häuser nur etwa für ein halbes Jahr zu benötigen, bis eben die Repatriierung bzw. Auswanderung der Polen abgeschlossen sei.

Auch die Evakuierten, die in Wasseralfingen lebten, wurden Opfer der überraschenden Beschlagnahme. Um Platz für die aus ihren Häusern Gewiesenen zu schaffen, sollten Evakuierte aus Wasseralfingen geschafft und in die umliegenden Dörfer gebracht werden. Sie bekamen vom Bürgermeister die Aufforderung, sich an einem bestimmten Zeitpunkt vor dem Rathaus einzufinden, um mit einem Omnibus z. B. nach Reichenbach oder Westhausen gefahren zu werden. „Mit dem Omnibus kann lediglich Handgepäck transportiert werden. Ich bitte Sie, dieser Aufforderung widerstandslos Folge zu leisten, da ich sonst zu Zwangsmaßnahmen greifen muß.“¹¹

Große Hoffnungen hatten die Ausgewiesenen, in ihre Häuser zurückkehren zu können, als im Oktober 1946 die Polen Wasseralfingen verlassen haben. Um so größer war die Enttäuschung, als die Häuser sofort mit polnischen Juden belegt wurden und die endgültige Räumung erst im Herbst 1949 bzw. im Frühjahr 1950 erfolgte.

II. Der Zustrom polnischer Juden nach Deutschland 1946

Mancher Wasseralfinger Bürger mag sich im Herbst 1946 gefragt haben, warum denn plötzlich zahlreiche polnische Juden nach Wasseralfingen kamen. Aus den in Wasseralfingen liegenden Akten erfahren wir über Motive und Schicksal der polnischen Juden, die dann immerhin fast bis 1950 hier lebten, nichts. So ist die Hauptquelle für uns die Selbstdarstellung der bereits erwähnten UNRRA, die bekanntlich für alle „displaced persons“ (DP) in Deutschland zuständig war und die 1950 eine umfangreiche Dokumentation vorgelegt hat. Aus dieser Dokumentation entnehmen wir zunächst die Zahlen der damals in Deutschland lebenden bzw. „einwandernden“ Juden. So wurden durch die UNRRA im Dezember 1945 in Deutschland 14000 verschleppte Juden betreut. Im September 1946 waren es bereits 120849 und im Juni 1947 gar 134864¹². Bei diesen Zahlen muß man berücksichtigen, daß damit nicht die Gesamtzahl der nach Deutschland strömenden Juden erfaßt werden kann, da in den Lagern eine starke Fluktuation herrschte. Auch die Zahl der UNRRA-Lager veränderte sich ständig, einmal bedingt durch die Repatriierung und Auswanderung und die Tendenz,

DER LANDRAT IN AALEN

Aalen, 19. Oktober 1945

- IV / 7500 -

Haydnstraße Nr. 17

An den
Bürgermeister der Gemeinde
Wasseralffingen

Wilhelm B i e g
(und evtl. Umquartierte)

Betr: Zwangsausquartierung der Haydn- & Beethovenstraße
in Wasseralffingen.

Auf Befehl der Amerikan. Mil. Reg. muß nunmehr die gesamte Haydnstraße und die Beethovenstraße für die Einquartierung von Polen von der Bevölkerung geräumt werden. Die Räumung muß bis Montag, 22.10.45, vormittags 9 Uhr, durchgeführt sein.

In den Häusern muß laut Befehl der Amerik. Mil. Reg. verbleiben:

Herde, Öfen, Betten, Möbel (Tische, Stühle, Schränke)
eine Anzahl von Kochtöpfen und sonstigen Küchengeräten,
je Haushalt 1 Besen und 1 Eimer.

Mitgenommen werden dürfen:

Nahrungsmittel, Oberbetten und Kopfkissen, Teppiche,
Gardinen, Wäsche, Kleidung.

Ich weise besonders darauf hin, daß nach Absatz 3) des Befehls der Am. Mil. Reg. in jedem Schlafzimmer 1 Doppelbett verbleiben muß. Sind also in einer Wohnung 2 Schlafzimmer, so müssen die darin befindlichen Betten stehen bleiben.

Zu widerhandlungen gegen diesen Befehl der Amerikan. Mil. Reg. haben die Wohnungsinhaber vor einem Militärgericht zu verantworten.

i. A. gez. Dr. Neubert.

Für die Militärregierung: gez. Captain KEENA.

Den Bewohnern der Haydn- & Beethovenstraße
zur Kenntnis:

Wasseralffingen, 20. Oktober 1945
Der Bürgermeister:

Bieg Maria.

99 Mitteilung des Räumungsbefehls der Militärregierung an die betroffenen Hausbesitzer
in Wasseralffingen

die Lager zusammenzulegen, „was aber einigermaßen ausgeglichen wurde durch den ständigen Zuzug von zusätzlichen DP's (meist Juden)“¹³.

Die Personengruppe wurde als „Nachkriegs-Flüchtlinge“ bezeichnet. Ohne die Hintergründe zu nennen, berichtet die UNRRA, daß nach dem Ende des Krieges eine große Anzahl von Menschen Polen, Jugoslawien, Bulgarien, Ungarn und Rumänien verlassen habe. Die meisten gingen nach Deutschland, Österreich und Italien und haben dort den DP-Status beansprucht. Die große Mehrzahl von ihnen waren Juden. Dadurch wurde die UNRRA-Verwaltung vor erhebliche rechtliche und politische Probleme gestellt, denn laut ihrem Statut war die UNRRA nur befugt, solchen DP's zu helfen, die durch den Krieg zu DP's geworden seien. Man hat also nicht damit rechnen können, daß nach Abschluß der Kampfhandlungen die Zahl der DP's noch anwachsen würde. Im Dezember 1945 löste man das Problem dadurch, daß man die Doktrin des „internal displacement“, also der „internen Verschleppung“ verkündete, was konkret bedeutete, daß man davon ausging, daß alle Juden durch den Krieg verschleppt worden waren, auch ohne daß es zu einer äußeren Verschleppung gekommen war¹⁴. Daß derartige Regelungen bei den Militärbehörden nicht unbestritten waren, kann man z. B. daran erkennen, daß die Behörden der britischen Zone es ablehnten, solchen Personen den DP-Status zuzuerkennen, die nach dem 30. Juni 1946 in ihre Zone einreisten. Die UNRRA protestierte zwar lange gegen diese Entscheidung, mußte sich aber dann doch den Militärbehörden fügen. Später – am 21. April 1947 – setzte auch die US-Zone dem unbeschränkten Nachzug von DP's ein Ende¹⁴.

Man kann daraus schließen, daß die Militärbehörden den Zustrom neuer DP's als eine große Belastung betrachteten. Zum anderen kann man auch vermuten, daß noch eine größere Zahl von Juden in Polen lebte, die angesichts der widrigen Umstände in Polen ihr Heil lieber im Westen gesucht hätte.

Warum kamen polnische Juden nach Deutschland und hier besonders zahlreich in die amerikanische Zone? Ein Teil dieses Personenkreises stammte aus dem östlichen Teil Polens, der seit dem 17. September 1939 von den Sowjets erobert worden war, in der Folge des Geheimabkommens zwischen Hitler und Stalin vom 23. August 1939. Dazu konnten noch Juden kommen, die aus dem von den Deutschen eroberten Westpolen in das östliche Polen geflohen waren. Nun erlaubte die UdSSR 1946 die Repatriierung von ca. 150–160000 polnischen Juden von schätzungsweise 180–200000 Juden, die in Rußland während des Krieges ihre Zuflucht gefunden hatten. Die meisten dieser Repatrianten konnten oder wollten nicht in Polen bleiben¹⁵, weil sie in Polen „ein böseartig antisemitisches Klima“ vorfanden. In Kielce gab es sogar ein Pogrom, bei dem 43 Juden getötet wurden. Das führte zu ihrem Exodus in die amerikanische Zone Deutschlands, wo sie Auswanderungsmöglichkeiten zu finden hofften.

Was die Gesamtzahl der Juden betrifft, die damals aus Polen nach Deutschland gezogen sind, so hat man von etwa 250000 Personen auszugehen¹⁶. Auch im Stuttgarter Ge-

meinderat wurde anlässlich einer Debatte über die Wohnungsnot vom Direktor des Wohnungsamtes die gleiche Zahl genannt¹⁷.

Möglicherweise ist die Differenz zwischen den amtlichen Zahlen und der geschätzten Zahl dadurch zu erklären, daß es eine Art „illegale Einwanderung“ nach Deutschland gab, d. h. es konnte vorkommen, daß ein „Illegaler“ bei registrierten Personen im Lager unterkommen konnte und von denen mitversorgt wurde¹⁸.

Mit letzter Sicherheit wird sich freilich die genaue Zahl der nach Deutschland kommenden Juden nicht mehr ermitteln lassen. Dies liegt daran, daß die UNRRA nur den jeweiligen Belegungsstand der Lager zu bestimmten Zeiten veröffentlicht, nicht aber die Zu- und Abgänge dokumentiert hat.

III. Hilfsmaßnahmen der Gemeinde zugunsten der Ausquartierten

Der Gemeindeverwaltung Wasseralfingen erwuchsen durch die Beschlagnahme neue zusätzliche Aufgaben. Es fehlte an allem. Wichtig war zunächst, einen Ersatz für die zurückgelassenen Matratzen und Bettgestelle zu finden. Vor allem nachdem sichtbar wurde, daß die Ausweisung keine kurzfristige Maßnahme war, daß es also nicht damit getan war, sich irgendwo provisorisch einzurichten.

So schildert der Betreuungsausschuß der Ausgewiesenen dem Wirtschaftsamt beim Landratsamt seine Situation und bittet um die Zuweisung von 50 dreiteiligen Matratzen¹⁹. Es wird auch davon ausgegangen, daß selbst die zurückgelassenen Möbel bei einer Freigabe der Häuser völlig unbrauchbar oder gar nicht mehr vorhanden seien. „Es muß dabei in Betracht gezogen werden, daß in den zurückgelassenen Betten über ein Jahr polnische DP's hausten. Diese sind dann abgezogen, haben aber soviel wie möglich mitgenommen und nunmehr sind seit einem Jahr polnische Juden in den Häusern.“²⁰ Auch auf dem schwarzen Markt wurden die zurückgelassenen Möbel gelegentlich angeboten²¹. Die Gemeinde konnte nun eine Sonderzuweisung von Bezugsrechten für Matratzen erlangen. Damit war der Fall aber noch lange nicht erledigt. Zuerst mußte die Buntweberei Ludwigsburg von Bürgermeister Johannes Hegele um Polsterstoffe angegangen werden, damit die ortsansässige Firma Gauermann die Matratzen auch herstellen konnte²².

Auch die Beschaffung von Bettgestellen erwies sich als höchst problematisch. Sämtliche Forstämter in der Umgebung, aber auch noch in Bayern, wurden um eine Sonderzuwendung von Holz gebeten, um daraus Betten für die Ausgewiesenen herstellen zu können. Die meisten Forstämter lehnten jedoch ab²³.

IV. Das Verhältnis zwischen Gemeindeverwaltung und UNRRA

In Wasseralfingen saß das UNRRA-Team 126 im Gasthaus „Krone“ schon im Juni 1945. Es war zuständig für sämtliche DP-Lager im Kreis Aalen. Das offizielle Verhältnis zwischen Gemeindeverwaltung und UNRRA kann, soweit es aus den noch erhaltenen Korrespondenzen zu erschließen ist, als gut bezeichnet werden. So dankte bereits am 27. Dezember 1945 der Direktor der UNRRA, Cyril B. Smith, dem Bürgermeister für den wundervollen Blumengruß, den er ihm zu Weihnachten hat zukommen lassen²⁴. Als schließlich Cyril B. Smith am 5. Juli 1946 Wasseralfingen verließ, bedankte er sich bei der Gemeindeverwaltung für die gute Zusammenarbeit²⁵.

Es gab eine rege Korrespondenz zwischen Gemeinde und UNRRA. Immer, wenn es in den Lagern etwas zu reparieren gab – und das kam laufend vor –, wurde die Gemeindeverwaltung eingeschaltet. Das Material, z. B. Dachpappe, Zement oder Steine, wurde meist von der UNRRA besorgt bzw. beschlagnahmt, die Gemeinde beauftragte Handwerker, die Arbeit auszuführen²⁶. Allerdings scheint die UNRRA nur mit der technischen Verwaltung der Lager beauftragt gewesen zu sein. In die inneren Verhältnisse griff sie nicht ein, jedenfalls gibt es dafür keine Belege.

V. Das Verhältnis zwischen Polen/Juden und den Einheimischen

Es ist verständlich, daß nach dem Krieg die zwangsverschleppten Polen die neue Situation ausnützten und sich gegenüber den rechtlosen Deutschen privilegiert fühlten. So galten damals alle DP-Lager als Gefahrenquelle für zahlreiche Ausschreitungen. Allein in Stuttgart wurden in diesem Zusammenhang 55 Deutsche getötet²⁷. Vergleichbare Gewalttaten sind aus Wasseralfingen nicht bekannt. Hier sind in den Akten lediglich Sachbeschädigungen und Diebstähle überliefert.

Im Oktober 1945 berichtete das Bürgermeisteramt: „Seitdem die Polen in Wasseralfingen zusammengezogen sind, kommt es zu Diebstählen am laufenden Band. Gestohlen werden vorwiegend: Schafe, Kaninchen, Geflügel und Bekleidung, obwohl die Polen bekanntlich gut gepflegt und bekleidet werden. Die deutsche Polizei ist dagegen machtlos. Nachforschungen kann sie nicht unternehmen, da ihr der Zutritt zu den Wohnungen der Polen nicht gestattet ist.“²⁸

Als die Polen schließlich im September 1946 Wasseralfingen verließen, bat der Bürgermeister die UNRRA, die Glühbirnen in den Häusern vor dem Auszug der Polen sicherzustellen, damit sie diese nicht mitnehmen²⁹. Auch zu einem Rundschreiben an sämtliche Schreiner und Zimmerleute sah sich der Bürgermeister veranlaßt. Die Polen ließen sich aus mitgebrachtem Holz Kisten und Koffer anfertigen. Da das Holz aber aus den Möbeln der beschlagnahmten Häuser bzw. aus den Fußböden stammte, appellierte Bürgermeister Hegele an die Handwerker, derartige Aufträge nicht mehr aus-

zuführen³⁰. Auch ein Grundstück im Wiesendorf wurde immer wieder von DP's geplündert. Zäune wurden als Heizmaterial verwendet, eine Remise aufgerissen³¹. Haben sich die Verhältnisse geändert, als im September 1946 die Polen abgezogen und dafür Juden in die Häuser eingezogen sind? Hat die Bevölkerung in den Juden Überlebende der Konzentrationslager gesehen, die doch mit einem höheren moralischen Anspruch nach Deutschland kamen als die Polen? Wurde überhaupt ein Gespräch mit den Juden gesucht? Wie haben die Kirchen oder Gewerkschaften und die Parteien und Vereine sich verhalten? All diese Fragen müssen offenbleiben. Die Akten der Gemeindeverwaltung geben darüber keinen Aufschluß. Die Juden wurden als eine Belastung empfunden, und alle erhaltenen Korrespondenzen haben nur das eine Ziel, die Häuser zurückzubekommen, zumal auch Wasseralfingen viele Flüchtlinge und Heimatvertriebene aus dem deutschen Osten aufnehmen mußte.

Selbstverständlich bekundete die Gemeindeverwaltung den Juden gegenüber ihr Mitgefühl. In einem der Briefe, in der sie die Lage der Stadt darstellte, schrieb sie: „Man war sich bewußt, daß den aus ihrer Heimat fliehenden Juden Asyl gewährt werden mußte, aber man fand es ungerecht, daß immer ein und derselbe Teil der Bevölkerung eine solche Last zu tragen hatte, daß die Gemeinde Wasseralfingen über 16% ihres Wohnraums zur Verfügung stellen mußte, während andere größere Orte davon verschont geblieben sind.“³² Im übrigen führte man heftige Klage über die Schäden, die von den Juden angerichtet worden waren. Zwar könnten die unmittelbaren Schäden kaum festgestellt werden, da die Lager von Deutschen nicht betreten werden dürfen. Aber sanitäre Anlagen und Schalter seien beschädigt, die Gärten liegen brach. Daneben wurde besonders betont, daß die Ausquartierten trotz ihrer maßlosen Enttäuschung sich gegenüber den DP's stets freundlich verhalten hätten. Es sei zu keinerlei Zwischenfällen gekommen³³.

Nur ein Kontakt des „Jüdischen Komitees in Wasseralfingen“ läßt sich aktenmäßig belegen. Dieses Komitee richtete am 30. April 1947 ein Gesuch an die Gemeinde, an der Moltkestraße mit eigenen Mitteln eine Badeanlage einrichten zu dürfen³⁴. Am 8. Mai 1947 lehnte die Gemeinde das Vorhaben ab, da zur Speisung des Badebeckens nur Trinkwasser in Frage komme, das aber nicht ausreichend vorhanden sei³⁵.

Ein anderes jüdisches Bad sollte bald die Gemüter der Wasseralfinger bewegen. In einem zweigeschossigen Einfamilienhaus (Braunenbergstraße) wurde in den Kellerräumen ein Bad eingerichtet und ein Dampfkessel eingebaut. Am 9. Januar 1948 kam es zu einer Explosion, bei der vier Juden den Tod fanden, sieben wurden verletzt. Im Polizeibericht wird offengelassen, ob die Kesselanlage unsachgemäß montiert worden war oder ob der Kessel, der keinen Manometer enthielt und der zum erstenmal mit Kohle statt wie bisher mit Holz geheizt worden war, überhitzt wurde³⁶.

Zu Kontakten zwischen Einheimischen und Juden dürfte es in beruflicher Hinsicht kaum gekommen sein, da es die „Mehrheit der jüdischen DP's ablehnte, in die deutsche Wirtschaft integriert zu werden“³⁷. Die jüdischen DP's arbeiteten im allgemeinen

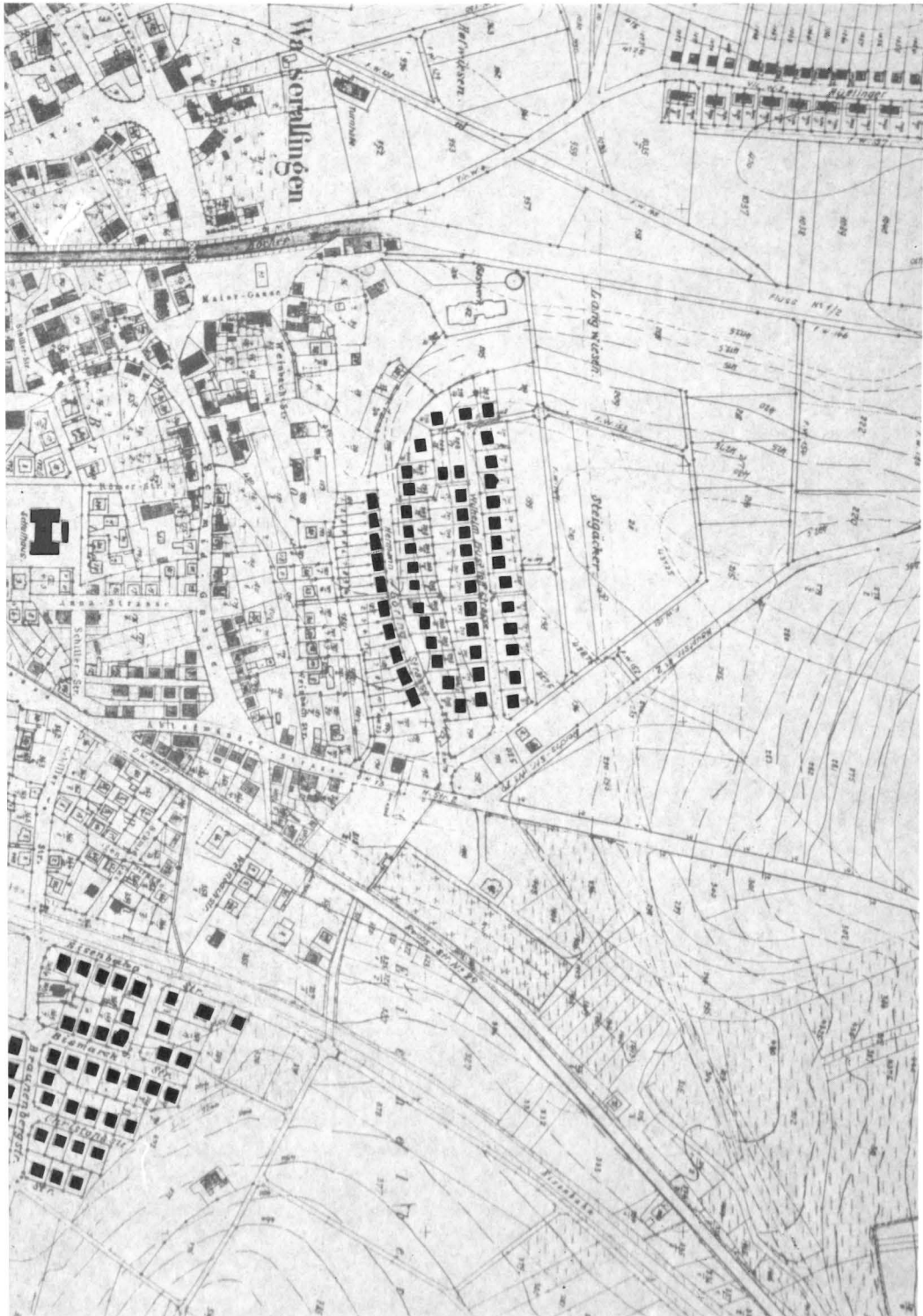
in der Lagerselbstverwaltung, in Erziehungseinrichtungen der Lager oder in beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen, die in den Lagern angeboten wurden³⁸.

Zu Kontakten mit den Einheimischen kam es hauptsächlich über den Handel. Da die jüdischen DP's über die UNRRA recht gut mit Nahrungsmitteln und Kleidung versorgt worden sind, hatten sie Material, das sie auf dem schwarzen Markt anbieten konnten. Jüdische Organisationen haben auf internationaler Ebene dafür gesorgt, daß diese Vorrechte erhalten geblieben sind. Auch sorgten sie dafür, daß den deutschen Gerichten keine Rechtsprechung über die DP's zugestanden wurde und deutsche Polizei die DP-Lager weiterhin nicht betreten durfte. Im Gegenteil, die DP-Lager hatten eine eigene Lagerpolizei, und es blieb den jüdischen DP's erlaubt, aus den deutschen Haushaltungen, in die sie eingewiesen worden waren, Güter und andere Artikel zu entnehmen³⁹. Diese Ausführungen, die für die DP-Lager in den westlichen Besatzungszonen galten, dürften sicher auch für die Wasseralfinger Lager zugetroffen haben.

VI. Der Kampf um die Freigabe der beschlagnahmten Häuser

Nachdem die Beschlagnahmung doch wesentlich länger dauern sollte als ursprünglich angenommen, bildeten die betroffenen Bürger auf Anregung von Bürgermeister Hegele einen „Betreuungsausschuß“ der Ausgewiesenen, der auf seiner ersten Sitzung am 22. Mai 1947 Max Heilig zum Vorsitzenden wählte⁴⁰. Zum Vorstand gehörten: Karl Mann, Albert Vogelman, Anton Joas, Eugen Ensslin, Karl Seibold und Wilhelm Pfitzmeier. Der Betreuungsausschuß entwickelte zahlreiche Versuche, die Häuser freizubekommen. Im ersten Jahr seiner Tätigkeit hielt er 12 Sitzungen ab, machte 30 Vorsprachen bei deutschen Behörden und Dienststellen und fertigte 14 schriftliche Eingaben an. Diese Versuche sollen hier nicht nachgezeichnet werden, schon jetzt kann aber gesagt werden, daß sie alle erfolglos geblieben sind. Auch an die Presse wandte sich der Ausschuß, z. B. im Oktober 1947 an die „Donauzeitung“. Hier wurde vor allem beklagt, daß die Wasseralfinger die Last für den ganzen Kreis Aalen allein zu tragen haben⁴¹. Natürlich arbeitete der Betreuungsausschuß mit der Gemeindeverwaltung, dem Landratsamt und dem Innenminister zusammen. Bei allen Gelegenheiten kam es zu gemeinsamen Entschliefungen an die Militärregierung. Immer wieder wurde die besondere Situation der Gemeinde geschildert. Da auch die Schillerschule beschlagnahmt worden sei, sei ein normaler Schulunterricht nicht mehr durchzuführen. Außerdem sei die Wohnungsnot in Wasseralfingen besonders drückend, da ein Ausbesserungswerk der US-Armee hier eingerichtet worden sei, das 1200 Arbeiter beschäftige, die in Wasseralfingen Wohnungen suchen würden⁴². Es wurde vorgeschlagen, die Juden irgendwo anders, z. B. in leerstehenden Kasernen unterzubringen. All diese Versuche scheiterten, zumal die IRO, die ab dem 1. Juli 1947 als International





100 Lageplan von Wasserralfingen mit Einzeichnung der beschlagnahmten Gebäude

Refugee Organisation an die Stelle der UNRRA getreten war, immer wieder darauf hinweisen konnte, daß man – falls es die außenpolitischen Zustände zuließen – das Problem durch Auswanderung nach Palästina lösen wollte⁴³.

Man muß also die internationale Lage berücksichtigen, wenn man die unvorhergesehen lange Verweildauer der Juden in Wasseraufhängen verstehen will. Erst mit der Gründung des Staates Israel am 14. Mai 1948 wurde für die Juden eine zügige Auswanderung möglich. Nun konnten 5000–6000 pro Monat auswandern. Nach Angaben der IRO sind vom Juli 1947 bis 31. Dezember 1950 120766 jüdische DP's nach Israel ausgewandert⁴⁴.

Selbst die USA zögerten, den Juden eine unbeschränkte Einwanderung zu ermöglichen, bis zum 15. Juni 1950 bekamen nur 36192 Juden die Einreiseerlaubnis. Erst durch ein Gesetz vom 16. Juni 1950 wurde auch den Nachkriegs-DP's, also solchen Personen, die bis zum 1. Januar 1949 die amerikanische Zone erreicht haben, die Auswanderung in die USA ermöglicht. Die zentral- und südamerikanischen Staaten hingegen sträubten sich regelrecht gegen die Aufnahme von Juden. Nur 5761 nahmen sie zwischen Juli 1947 und 31. August 1950 auf. Auswahlkommissionen dieser Staaten, die DP-Lager nach tüchtigen Arbeitskräften durchkämmten, verzichteten allzuoft auf jüdische DP's, obwohl sie eine höhere Qualifikation hatten als nichtjüdische DP's⁴⁵. Dazu kommt, daß offenbar die Kompetenzen zwischen Militärregierung und UNRRA (IRO) nicht klar geregelt waren. Während die Militärregierung die Häuser beschlagnahmt hatte, war sie nicht in der Lage, die Räumung zu veranlassen, sie konnte dies erst tun, wenn sie eine entsprechende Anweisung von der IRO bekam⁴⁶. Eine Hoffnung für eine vorzeitige Räumung tat sich im April 1948 auf, als der Bürgermeister nachweisen konnte, daß im gesamten Lager nur noch 1644 DP's wohnten, es also um ca. 250 Personen unterbelegt sei. Die Hoffnung auf die Rückgabe wenigstens einiger Häuser erfüllte sich aber nicht⁴⁷.

Dem Betreuungsausschuß gelang es, das Wohlwollen der örtlichen Militärbefehlshaber zu gewinnen. So wurde am 21. Oktober 1948 eine Protestsitzung durchgeführt, an der auch Vertreter der Militärregierung und der IRO teilnahmen. Man klagte über die nun schon drei Jahre währende Belegung der Häuser und bat auch die IRO, auf die Bewohner der Häuser einzuwirken, „daß sie mit unserem Eigentum anständig umgehen müssen, daß sie verursachte Schäden schnellstens wiedergutmachen, denn was wir bisher über den Zustand unserer Häuser erfahren haben, ist erschütternd. Sagen Sie ihnen weiter, daß es Diebstahl ist, wenn Möbelstücke aus unseren Häusern entfernt werden . . . und sorgen Sie bitte dafür, daß nicht auf jede Abwanderung neuer Zuzug erfolgt. Dies ist unsere größte Bitte an Sie.“ Auch an das Amt für Besatzungsleistungen wurden Forderungen auf Möbelentschädigungen angemeldet. Nachdem immer noch keine Möbelmiete durchgesetzt werden konnte, bliebe nur die Forderung nach Möbelerersatz, denn gebrauchsfähige Möbelstücke werde man ohnehin nicht mehr vorfinden⁴⁸.

Interessant ist, daß auf dieser Protestsitzenz auch ein Vertreter der Lagerverwaltung – ein Herr Slepian – anwesend war. Er bekundete sein volles Verständnis für die Hauseigentümer und sagte: „Unsere Lage ist ähnlich wie die ihre, auch wir waren nur für ein halbes Jahr vorbereitet und sind nun immer noch da.“ Ebenso äußerte sich Major Pallette von der amerikanischen Militärregierung und versprach, sich gegen jeden weiteren Zuzug von DP's nach Wasseralfingen einzusetzen⁴⁹.

Ob der Major sich tatsächlich in diesem Sinne verwenden konnte, läßt sich nicht feststellen. Allerdings geht die Zahl der Lagerbewohner weiter zurück. So meldete der Bürgermeister am 14. März 1949 an die Militärregierung nach Aalen, daß noch 1402 DP's in Wasseralfingen lebten; da das Fassungsvermögen jedoch 2250 Personen betrage, wiederholte er seine Bitte um eine teilweise Freigabe der Häuser⁵⁰.

VII. Die Freigabe der beschlagnahmten Siedlungen

Bei einem Besuch von Bürgermeister Hegele bei Mr. Campbell von der Militärregierung wurde erstmals ein Termin für die endgültige Räumung der Lager genannt. Die Räumung müsse auf jeden Fall vor dem 1. Juli 1950 abgeschlossen sein, denn zu diesem Zeitpunkt sei die Auflösung der IRO vorgesehen. Doch sollten bereits im Lauf der nächsten drei Monate 15 Häuser freigemacht werden⁵¹.

Die erlösende Nachricht für die leidgeprüften Wasseralfinger kam endlich am 6. Oktober 1949 in Form einer Bekanntmachung:

„Die Steigäcker-Siedlung ist seit gestern von sämtlichen DP geräumt. Sie wird von der deutschen Polizei Tag und Nacht bewacht. Den Eigentümern ist der Zutritt verboten. Auf Kosten der US-Armee werden die Häuser entwest und desinfiziert. Hernach sollen von einer unparteiischen Kommission die Schäden festgestellt werden. Die Alfing-Siedlung soll in den nächsten 45 Tagen geräumt werden.“⁵²

Bei der Übergabe der Häuser in deutsche Hände gab es Schwierigkeiten. Es war zwar am 3. November 1949 vereinbart worden, eine gemeinsame Bestandsaufnahme der Schäden durch Vertreter der Armee, der IRO und dem Amt für Besatzungsleistungen durchzuführen. Da es dazu aber nicht kam, richtete Landrat Dr. Huber an das IRO-Hauptquartier in Nellingen am 8. November 1949 folgenden Brief: „Die übernommenen Möbel sind mit den 1945 übernommenen nicht identisch. Die jetzt übernommenen Möbelstücke sind praktisch wertlos. Die Installationsvorrichtungen (Öfen, Herde, Wascheinrichtungen) sind total unbrauchbar oder stark beschädigt.“⁵³

Der Streit um die Entschädigung sollte sich noch lange hinziehen. Das Amt für Besatzungsleistungen versuchte, Mittel von der amerikanischen Militärverwaltung in Heidelberg zu bekommen und richtete am 30. Januar 1951 ein Schreiben nach Heidelberg, in dem noch einmal alle Schäden, die in den Häusern entstanden sind, zusammengefaßt wurden. „Bei der Freigabe waren alle Häuser mehr oder weniger stark beschädigt,

Bekanntmachung

Betr.: Freigabe der Steigäckersiedlung.

Die Steigäckersiedlung ist seit gestern von sämtlichen DPs. geräumt. Diese Siedlung wird von deutscher Polizei Tag und Nacht bewacht. Nachdem die IRO Möbel- und Einrichtungsgegenstände, die im Eigentum der IRO stehen, aus dem Lager entfernt hat, ist jeglicher weiterer Zutritt sowohl von IRO-Angehörigen als auch von deutschen Hauseigentümern und Wohnungsinhabern zunächst verboten. Als erstes werden die Häuser auf Kosten der US-Armee entwest und desinfiziert. Hernach werden von unparteiischen Kommissionen die Schäden festgestellt und geschätzt werden. Die Übergabe der Häuser an die Eigentümer wird voraussichtlich noch im Laufe dieses Monats geschehen können. Nähere Einzelheiten hierüber werden in einer Versammlung der Ausquartierten

am Donnerstag, den 13. Oktober 1/2 8 Uhr im Schlegel bekannt gegeben.

Betr.: Freigabe der Alfingsiedlung.

Nach Mitteilung von massgeblichen Persönlichkeiten der IRO und Armee soll die Alfing-siedlung ebenfalls innerhalb der nächsten 45 Tage geräumt werden.

Wasseralfingen, den 6. Oktober 1949

Bürgermeisteramt:

Hegen

keines aber mehr in einem bewohnbaren Zustand. Außerdem waren alle Häuser ohne Unterschied vollkommen verwandt.“ Offenbar aber haben die zuständigen amerikanischen Stellen bei dem größten Teil der Häuser die Erstattung der Gipser-, Maler- und Tapezierarbeiten abgelehnt mit der Begründung, daß es sich um normal anfallende Renovierungsarbeiten gehandelt habe, die mit der Miete abgegolten seien. Diese Begründung wurde von dem Amt für Besatzungsleistungen entschieden zurückgewiesen, da bei der Renovierung der Häuser in jedem Fall auch der Gipser zugezogen werden mußte. „Die Schäden erklären sich z. T. aus der unglaublichen Tatsache, daß die DP's, die polnischen wie die jüdischen, die Wohnräume als Hühner-, Ziegen- und sogar Schweineställe benützten. Daß dadurch der Verputz bis auf das Mauerwerk, und zwar nicht nur des betroffenen Raumes, sondern zumindest des daran anstoßenden Raumes zerstört wurde, bedarf wohl keiner näheren Erklärung. Außerdem waren in nahezu allen Räumen mehr oder weniger große Löcher in den Verputz geschlagen, die nur durch Gipser ausgebessert werden konnten. Es ist bei manchen Schäden tatsächlich kaum möglich, eine Ursache zu finden, es sei denn, man nimmt an, daß sie absichtlich oder mutwillig verursacht wurden.“⁵⁴

Dies kann und soll hier nicht untersucht werden. Auch sollen die Entschädigungen, die die Hauseigentümer bekommen haben, an dieser Stelle nicht dargestellt werden. Mit der Räumung der Häuser, durch die immerhin 1000 Einwohner Wasserralfingens unmittelbar betroffen waren, war für die Gemeinde ein Stück Nachkriegsgeschichte zu Ende gegangen. Die Zeit einseitiger Maßnahmen der Besatzungsmacht war vorüber. Auch für die leidgeprüften Eigentümer der Häuser begann eine neue Epoche, und sie konnten darauf hoffen, daß nun auch für sie wieder rechtsstaatliche Maßstäbe Geltung haben würden.

Literatur:

Dicker, Hermann, Aus Württembergs jüdischer Vergangenheit und Gegenwart, Gerlingen 1984;
Grossmann, Kurt R., The Jewish DP Problem, New York 1951;
Hegele, Johannes, 20 Jahre Kommunales Geschehen in Wasserralfingen 1946–1966, Wasserralfingen 1966;
Huber, Anton, Die Nachsitzung, Aalen 1982;
Vietzen, Hermann, Chronik der Stadt Stuttgart 1945–1948, Stuttgart 1972;
Woodbridge, George, The history of the UNRRA, Vol. 1–3, New York 1950

Abkürzungen:

BAW Akten des Bürgermeisteramtes Wasserralfingen, heute beim Bezirksamt Wasserralfingen
HStA Hauptstaatsarchiv Stuttgart
Sta Stadtarchiv Stuttgart

Anmerkungen:

- 1 Vgl. Bauer, Karlheinz, Ein Außenkommando des KZ Natzweiler in Wasseralfingen, in: Aalener Jahrbuch 1984, S. 345 ff.
- 2 BAW, Brief vom 20. 10. 1945
- 3 HStA, EA Bü 4/2/54 Neue Zeitung vom 16. 12. 1949
- 4 BAW, Brief vom 20. 10. 1945
- 5 BAW, Brief vom 20. 10. 1945
- 6 BAW, Schreiben des Landrats an den Bürgermeister vom 9. 10. 1945
- 7 BAW, Brief vom 17. 9. 1945
- 8 BAW, Brief vom 31. 7. 1947
- 9 BAW, Rundschreiben des Bürgermeisters vom 7. 10. 1945
- 10 BAW, Bürgermeisteramt am 7. 7. 1949
- 11 BAW, Rundschreiben des Bürgermeisters vom Oktober 1945
- 12 Woodbridge, a. a. O., Vol. II, S. 498
- 13 Woodbridge, a. a. O., Vol. II, S. 502
- 14 Woodbridge, a. a. O., Vol. II, S. 512
- 15 Grossmann, a. a. O., S. 15. Nach einer anderen Quelle sollen 600 000 polnische Juden 1939/40 in die UdSSR deportiert worden sein. Davon seien 150 000 nach Ende des Krieges nach Polen zurückgekehrt, 450 000 seien verschwunden. Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Band IV, Stuttgart 1983, S. 84, Anm. 245
- 16 Dicker, a. a. O., S. 101
- 17 „Eine gewisse Fluktuation wird unter den 145 000 Juden in der amerikanischen Zone Deutschlands und 35 000 in der amerikanischen Zone Österreichs immer stattfinden (das sind die amtlichen Zahlen, die UNRRA rechnet aber, daß es insgesamt eine Viertel Million ist)“; Sta, Sitzungen des Gemeinderats 1947, Band 4
- 18 Grossmann, a. a. O., S. 15
- 19 BAW, Schreiben vom 2. 10. 1947
- 20 BAW, Schreiben des Betreuungsausschusses vom 2. 10. 1947
- 21 BAW, Brief vom 13. 4. 1948
- 22 BAW, Brief vom 12. 11. 1947
- 23 BAW, Brief vom 13. 4. 1948
- 24 BAW, Brief vom 27. 12. 1945
- 25 BAW, Brief vom 3. 7. 1946
- 26 BAW, Verschiedene Korrespondenzen ab 20. 12. 1945
- 27 Vietzen, a. a. O., S. 245
- 28 BAW, Schreiben des Bürgermeisters vom 20. 10. 1945
- 29 BAW, Brief vom 23. 9. 1946
- 30 BAW, Brief vom 26. 9. 1946
- 31 BAW, Brief vom 7. 2. 1947
- 32 BAW, Brief des Bürgermeisters vom 7. 7. 1949
- 33 BAW, Brief vom 7. 7. 1949
- 34 BAW, Schreiben vom 30. 3. 1947 (Dr. Augapfel)
- 35 BAW, Schreiben vom 8. 5. 1947
- 36 BAW, Polizeibericht vom 9. 1. 1948, Entschädigungsforderungen der Frau Benedikter vom 7. 1. 1954
- 37 Grossmann, a. a. O., S. 22
- 38 Grossmann, a. a. O., S. 22
- 39 Grossmann, a. a. O., S. 38
- 40 BAW, Schreiben vom 27. 5. 1947
- 41 BAW, 9725-26
- 42 BAW, 9725-26, 10. 6. 1947
- 43 BAW, 9725-26, 31. 3. 1948

- 44 Grossmann, a. a. O., S. 23
- 45 Grossmann, a. a. O., S. 29
- 46 BAW, 9725-26, 24. 5. 1948
- 47 BAW, 9725-26, 21. 4. 1948
- 48 BAW, 9725-26
- 49 BAW, 9725-26
- 50 BAW, 9725-26, 14. 3. 1949
- 51 BAW, 9725-26, 14. 6. 1949
- 52 BAW, 9725-26, 6. 10. 1949 (Bürgermeister Hegele)
- 53 BAW, 9725-26, 8. 11. 1949 (Landrat Dr. Huber)
- 54 BAW, Brief vom 30. 1. 1951